

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 3/2010

25. März 2010

Umfahrung Schützen/Gebirge gesichert - Klares Ja zum Bau der S 7

Die Umfahrung von Schützen am Gebirge wird in Form eines kleinräumigen Straßenprojekts des Landes Burgenland umgesetzt. Das ist Resultat einer Novelle zum Bundesstraßengesetz, wonach Schnellstraßenprojekte künftig aus dem diesem Bundesgesetz herausgenommen und von einem Bundesland finanziert werden können. Während der Nationalrat diesen Antrag einstimmig angenommen hat, ist ein Antrag der Grünen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden, der ein Aus für die geplante S 7 und die geplante Verlängerung der A 3 im Nordburgenland bedeutet hätte. Die S 7 beispielsweise ist eine absolut notwendige Maßnahme, um die Ortsdurchfahrten im Lafnitztal zu entlasten und die Verkehrsanbindung an die Großräume Graz und Budapest zu verbessern.

Schwere Störungen auf Agrarmärkten werden abgefedert

Eine Novelle zum Marktordnungsgesetz dient der Unterstützung der Milchbauern, die einen einmaligen Betrag von 6 Millionen Euro aus dem Agrarbudget der EU erhalten. Nun ist es gesetzlich möglich, bei gravierenden Marktstörungen, wie sie im Vorjahr auf dem Milchmarkt ausgelöst wurden, aktiv entgegenzusteuern. Bis Ende Juni werden die Mittel an die Milchbauern ausbezahlt.

"Grüner Bericht" 2009 über Österreichs Landwirtschaft

Der im Nationalrat debattierte Grüne Bericht gibt Aufschluss über unsere Land- und Forstwirtschaft. Demnach gibt es in Österreich 187.000 Betriebe, rund zwei Drittel davon im Nebenerwerb. Die Einkommenslage im Jahr 2008 hat sich nur geringfügig verbessert. Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb erhöhten sich gegenüber 2007 um 1,0 % auf 26.483 Euro, je nicht entlohnter Arbeitskraft waren es 20.010 Euro (+ 2,0 %). Steigende Erträge gab es bei Milch, Rindern, Schweinen und Geflügel, sinkende Erträge bei Getreide, im Weinbau und in der Forstwirtschaft. Hingegen ist der Aufwand um 10 % gestiegen, vor allem wegen Verteuerungen bei Energie und Futtermitteln. Die Getreideernte 2008 stieg gegenüber 2007 um 21 %, die Milchanlieferung um 2,1 %. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche in Österreich ist auf 16,3 Prozent gestiegen.

Anmerkung: Alle erwähnten Zahlen beziehen sich auf das Berichtsjahr 2008. Seitdem haben sich in vielen Agrarbereichen weitere massive Verschlechterungen ergeben.

Außenminister Spindelegger vertritt Österreich kompetent und souverän

Seinen Ruf als kompetenter Vertreter Österreichs im Ausland hat unser Außenminister Michael Spindelegger bei einer aktuellen Erklärung vor dem Nationalrat erneut bestätigt. Er skizzierte nicht nur die Grundlagen der neuen EU-Strategie "Europa 2020", sondern auch das verstärkte Engagement Österreichs im östlichen Donauraum und im Nahen Osten. Der geplante Auswärtige Dienst der EU mit seinen Dienststellen in der ganzen Welt soll vor allem als Erstanlaufstelle für in Not geratene EU-Bürger dienen, betonte Minister Spindelegger.

Ein Europa-Gemeinderat für möglichst jede Gemeinde

Gesondert unterstreichen möchte ich hier seine wirklich gute Idee, in möglichst allen österreichischen Gemeinden so genannte "Europa-Gemeinderäte" zu nominieren. Sie sollen als Ansprechpartner und Drehscheiben für Information und Anliegen der Bürger dienen. Rund 50 Gemeinden haben bereits

solche Europa-Gemeinderäte installiert. Für weitere Informationen stehen mein Mitarbeiter Martin Wurglits (0664/4546818) und das Außenministerium (01/53115-3997) zur Verfügung.

Unbehagen über Verteidigungsminister Darabos steigt massiv

Wie schwach die Position von Verteidigungsminister Norbert Darabos geworden ist, zeigt ein Misstrauensantrag, den die FPÖ gegen ihn gestellt hat. Weil die Koalitionsparteien solche Anträge gegen Minister des Koalitionspartners grundsätzlich nicht unterstützen, wurde der Antrag abgelehnt. Er unterstreicht aber, was auch ich zuletzt immer wieder festgestellt habe: Darabos muss sich endlich um die Kernaufgaben seines Ressorts kümmern. Dazu zählen die Umsetzung der Heeresreform, die Ausbildung der Rekruten und der bauliche Zustand vieler Kasernen. Auch das ständige Aufschieben des Ausbaus der Güssinger Kaserne ist kein Zeichen einer verantwortungsvollen Ressortführung. Ich habe daher eine schriftliche parlamentarische Anfrage an Darabos gestellt, in der ich Aufklärung über die Verzögerung und die finanziellen Konsequenzen gefordert habe.

Für "Rettungsgassen" auf Österreichs Autobahnen

In einem gemeinsamen Antrag aller Parteien haben wir die Verkehrsministerin ersucht, die Einführung der "Rettungsgasse" auf Österreichs Autobahnen und Autostraßen zu prüfen. Eine Rettungsgasse ist ein Fahrweg für Rettungskräfte, den Autofahrer auf mehrspurigen Richtungsfahrbahnen bilden. In anderen Staaten ist diese Anordnung bereits Verpflichtung. Die Fahrzeuglenker müssen bei Staus am jeweiligen Rand des Fahrstreifens bleiben, um für Rettungsfahrzeuge eine "Gasse" zu öffnen.

Fahrgastentschädigung für unpünktliche Zugverbindungen

Bahnkunden bekommen bei Zugverspätungen das Recht, eine finanzielle Entschädigung zu fordern. Im Fernverkehr beträgt diese ab einer Unpünktlichkeit von einer Stunde 25 Prozent des Fahrpreises, ab zwei Stunden 50 Prozent. Im Nahverkehr erhalten alle Jahreskartenbesitzer mindestens zehn Prozent Entschädigung, wenn im Jahresschnitt nicht mindestens 90 % Pünktlichkeit erreicht wird. Die Entschädigung im Bahn-Nahverkehr erhalten alle Jahreskartenbesitzer automatisch, jene im Fernverkehr müssen individuell beantragt werden.

Komfortablerer Urlaub mit der Eisenbahn

Die Urlaubsreise mit der Bahn soll attraktiver gestaltet werden. Um die Zahl der Anreisen mit dem Zug zu erhöhen, soll die Regierung die Zusammenarbeit mit Gemeinden, Tourismusverbänden und Hotels intensivieren, besagt eine Entschließung des Nationalrats an die Bundesregierung.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

In einer weiteren Entschließung hat der Nationalrat die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, ihre Bemühungen für eine atomwaffenfreie Welt aufrecht zu erhalten und zu verstärken. Österreich soll die entsprechenden UN-Bemühungen unterstützen und mit gleichgesinnten Staaten zusammenarbeiten.

Parlament im Voraus

- Am 8. Mai wird UNO-Generalsekretär Ban-Ki Mun im Parlament in Wien zu Gast sein und im historischen Reichsratssaal eine Rede halten.
- Am 8. Juli tritt die Bundesversammlung zusammen, um den neu gewählten Bundespräsidenten anzugeloben.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat